

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint jeden Freitag. Abonnementspreis 1,— Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obier, Leipzig-Lössnig, Lobstädtstr. 1.
Druck, Verlag und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreigespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt:

Deutscher Senefelder-Bund. — Lithographen-Konferenz. — Bekanntmachungen. — Zweierlei Rechtsprechung. — XIV. außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes. — Lithographen-Konferenz. — Adressen-Aenderung. — Anzeigen.

Deutscher Senefelder-Bund.

Bekanntmachung an die Mitglieder!

Indem wir auf die Beschlüsse der Generalversammlung in Hannover hinweisen, geben wir bekannt, dass die Gewerkschaftskasse vom Senefelder-Bund getrennt wurde. Von dem wöchentlich eingezogenen Beitrag von 1,20 Mk. werden dem neuen Verband 35 Pfg. überwiesen, 85 Pfg. Beitrag fallen dem Senefelder-Bund zu, und zwar 60 Pfg. der allgemeinen Unterstützungskasse, mit Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sowie Sterbegelder und 25 Pfg. für Invaliden- und Witwenkasse. Alle Mitglieder, die bisher nur der Kranken-, Invaliden- und Witwenkasse angehört, haben statt 60 Pfg., 85 Pfg. Beitrag pro Woche zu leisten; für die wenigen Mitglieder, die nur der Krankenkasse allein angehören, beträgt der Beitrag pro Woche 60 Pfg., statt wie bisher 35 Pfg.

Diese Beschlüsse treten ab 1 April 1907 in Kraft! Nähere Anweisungen folgen an die Mitgliedschaftsvorstände.

Alle dem Senefelder-Bund, resp. seinen Unterstützungskassen angehenden Fragen, sind an den Sekretär des Bundes Paul Lange; alle Geldsendungen an den Hauptkassierer Wilhelm Brall zu senden. Beide Adressen sind Hauptbureau Anklamerstr. 27,1.

Für den Hauptvorstand:

H. Müller, W. Brall,
Haupt-Vorsitzender. Haupt-Kassierer.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.

Im Anschluss an die Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes haben die Vertreter der Deutschen Kollegen beschlossen, die vom Bund losgetrennte Gewerkschaftskasse als selbständigen Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe zur Vertretung der materiellen Interessen weiter zu führen. Dieser hat alle Unterstützungen des Bundes gleichfalls eingeführt, ebenfalls die durch Gerichtsurteil im Senefelder-Bund nicht zulässigen Umzugskosten, Streik- und Massregelungsunterstützung, sowie Rechtsschutz. Der Verband ist mit dem 1. April 1907 in Kraft getreten. Der wöchentliche Beitrag ist 1,20 Mk. Hiervon werden 85 Pfg. nach einem noch abzuschliessenden Gegenseitigkeitsvertrag, dem Senefelder-Bund überwiesen, wofür den Mitgliedern die im Senefelder-Bund üblichen Unterstützungen, wie Reise-, Arbeits-

losen-, Kranken-Unterstützung, Sterbegelder, sowie Invaliden- und Witwenunterstützung gezahlt werden.

Alle den Verband betreffenden Angelegenheiten, sind an den Hauptvorsitzenden Otto Sillier, Berlin N. 28 Anklamerstrasse 27, zu richten.

Für den Hauptvorstand:

I. A.: Otto Sillier, Vorsitzender.

Lithographen-Konferenz.

Wenn in den Tagen des diesmaligen Osterfestes die Gedanken vieler Kollegen sich auf Hannover richteten, so deshalb, weil die Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes einen Wendepunkt in der Geschichte unseres Vereins bedeutet. Und doch ging dieser Generalversammlung eine Verhandlung voraus, die wichtig genug ist, um noch einmal hier kurz gewürdigt zu werden. Diejenigen, die der Meinung waren, daß eine spezielle Konferenz der Lithographen überflüssig sei, sind sicher durch die Verhandlungen eines Besseren belehrt worden. Schon der erste Punkt, Organisation und Agitation zeitigte eine solche Fülle neuer Anregungen für die weitere gewerkschaftliche Tätigkeit, daß wohl keiner der Teilnehmer ohne reiche Belehrung geblieben ist. Schon die Tatsache, daß verschiedene Gruppen, wie Modezeichner, Kartographen, Merkantilithographen u. s. w. noch recht schwach organisiert sind, zwang die Lithographen-Vertreter, diesem Mißstand ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Weg, der zur Abhilfe als der gangbarste gefunden wurde, ist kein neuer.

Eine Zentralkommission der Lithographen hat schon einmal bestanden. Wenn sie damals ohne praktische Wirksamkeit entschlafen ist, so lagen dem eine Reihe Ursachen zu Grunde, die ihre Bedeutung heute verloren haben. Auch heute wieder wird diese Kommission ihre Haupttätigkeit auf dem Gebiete der Agitation entfalten müssen. Aufklärung über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und Aufklärung über die vielen traurigen Schäden, die gerade in der Lithographie ihre Stätte gefunden haben. Aber auch Aufklärung über die Mehrheit, daß nur eine gemeinsame gewerkschaftliche Tätigkeit mit den natürlichen Berufsgenossen, den Steindruckern, uns dauernde Erfolge sichern kann. Aus dieser Erkenntnis heraus erklärt sich die Freude der Delegierten darüber, daß endlich Aussicht vorhanden ist, die unselige Zersplitterung unter den Lithographen beseitigt zu sehen. Keine, auch nur scheinbaren Gründe lassen sich heute mehr als Rechtfertigung für diese Trennung anführen. Dort im Sonderverband seit Jahren vollständiger Stillstand, hier im gemeinsamen Verband lebhafteste Entwicklung, dauerndes Steigen der Mitgliederzahl. Hier weit über 4000 Lithographen-Mitglieder, dort nur 600 Mitglieder. Die Konferenz selbst ist der beste Beweis, daß spezielle Berufsinter-

ressen wirksam im gemeinsamen Verband vertreten werden können.

Die Zentralkommission der Lithographen wird die Aufgabe haben, diesen Beweis zu einem unumstößlichen zu machen.

Auch die Lehrlingsfrage, die einen Teil der Verhandlungen in Anspruch nahm, wird das dauernde Interesse der Zentralkommission in Anspruch nehmen. Nicht nur soweit, als eine Beschränkung der Lehrlingszahl zur Vermeidung eines Ueberangebots von Arbeitskräften notwendig ist. Nein, ebenso wichtig ist die Frage nach der Art der Ausbildung, der Behandlung der Lehrlinge, der Ausbeutung derselben innerhalb und außerhalb der Arbeitszeit. Ueber die Wichtigkeit dieser Dinge müssen noch manche aufklärende Worte unseren Kollegen gesagt werden, um so Fehler zu vermeiden, die geeignet sind, die jungen Freunde uns zu entfremden.

Einmütigkeit herrschte auf der Konferenz darüber, daß Heimarbeit, Privatlithographie, Akkordarbeit so weit als möglich zu beseitigen seien. Zeigten sich auch unter dem Punkt Akkordarbeit Meinungsverschiedenheiten, so doch nur in der allgemein theoretischen Auffassung. Darüber bestand nicht der mindeste Zweifel, daß die Akkordarbeit für unseren Beruf vollständig beseitigt werden muß. Bei den Debatten über Heimarbeit und Akkordarbeit zeigte sich, daß beide in der Privatlithographie ihre schwärzesten Seiten entwickeln. Allgemein war daher der Wunsch rege, gegen die Auswüchse in der Privatlithographie den rücksichtslosesten Kampf zu richten. Die Privatlithographen zur Anerkennung unserer minimalen Forderungen zu zwingen, auf Anerkennung und Einhaltung streng zu achten, daß ist ein Weg, dem Unternehmer die Privatlithographie, soweit er sie zur intensiveren Ausbeutung gebraucht, wertlos zu machen. Auch hier wird es wieder die Aufgabe der zu schaffenden Kommission sein, statistisches Material zu sammeln, evtl. in Gemeinschaft mit dem Hauptvorstand, und dauernde Aufklärung über all' diese Fragen durch unsere Fachpresse unter die Kollegen zu bringen.

Und wenn unsere Arbeitsnachweise in geschickter Weise benutzt werden, wird es nicht schwer sein, ohne ernsten Konflikt schon bedeutende Verbesserungen zu erzielen.

So wird es möglich sein, durch emsige, nie ermüdende Kleinarbeit, Schritt für Schritt vorwärts zu kommen. Wir werden dadurch unsere Kollegen nicht nur wirtschaftlich stärken, nein, ihr Mut, ihre Ausdauer bei notwendigen großen, ernsteren Kämpfen wird sich dann wesentlich steigern. Möge es gelingen, auf diesem Wege rüstig vorwärts zu schreiten. Aber eins hat die Konferenz zweifellos bewiesen, der Wille und die Fähigkeit zu ernster Kampfesarbeit ist vorhanden. Hatte die zweite Konferenz rückblickend auf die erste, über schöne organisatorische Erfolge berichten können, so werden sicher bis zur dritten Konferenz manche wirtschaftlichen Schäden beseitigt sein.

Bekanntmachungen.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungswechsel sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts **vorher** Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Bei jeder Anfrage ist genau der Beruf und über was Auskunft verlangt wird, anzugeben. Die Auskunftskarte darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunftskarten **sofort** zu beantworten.

Die Unterstützungs-Auszahler haben alle statistischen Unterstützungen sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen und der Reisekarte keine Unterstützungen auszusahlen.

Dresden Die Firma Steinmüller führt für die Lithogr. und Steindr. ab 1. August 1907 die 8- resp. 9-stündige Arbeitszeit ein, jeder Kollege erhielt eine sofortige Lohnzulage von 2 Mk. mit Ausnahme eines erst kürzlich mit einer Zulage bedachten Lithographen, der 1 Mk. erhielt. Die Sperre ist aufgehoben.

Gesperrt:

Für Lithographen und Steindrucker:

Altwasser. In Firma Tielsch & Co., Porzellanfabrik, sind Differenzen aus, gebrochen.

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann ist für Lithographen und Steindrucker gesperrt. Die Sperre wird der im § 16 des Streikreglements bezeichneten Sperre gleichgestellt. Zu widerhandelnde haben Ausschluss zu gewärtigen.

Dresden Die Glasgrabplattenfabrik O. Nedwig in Radebeul bei Dresden.

Elberfeld. Emallierwerk H. Peters.

Leipzig. Chemigraphen. Vor Engagement Erkundigungen einziehen.

Merseburg. Firma Göring.

München. Anton Bernsdorf.

Für Chemigraphen:

Berlin. Edm. Gaillard, Graphische Gesellschaft; W. Greve; The. Fran & Kraushaar; F. Hellemann; Mündner; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Baudouin.

Chemnitz. A. Jülich.

Stuttgart. Gebr. Rössle.

Stellungnahme in diesen Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker Arbeitsnachweis München.

Verwalter Heinrich Wagner, Nymphenburgerstraße 66 III, r.

Berlin, 6. April 1907.

Wilhelm Felsing,

Prinzipals-Vorsitzender.

Alb. Hehr,

Gehilfen-Vorsitzender.

Prozessbeendigung.

Der Prozeß König gegen den Redakteur Obier ist durch einen Vergleich, inhalts dessen der Privatkläger die Klage zurückzog und der Angeklagte die Prozeßkosten übernahm, beendet. Der Angeklagte hat den Vergleich auf Anraten seines Anwalts abgeschlossen, zumal in den Artikeln formale Beleidigungen enthalten waren.

Zweierlei Rechtsprechung.

Endgültig straffrei sollen die Leiter des Verbandes schlesischer Metallindustrieller, die Urheber der Massenaussperrung in der Breslauer Metallindustrie vom April 1906, ausgehen, jener Unternehmeraktion, die durch die Straßenschlacht der Breslauer Polizei eine so traurige Berühmtheit erlangt hat. So wenig Staatsanwalt und Untersuchungsrichter den Handhabacker haben ermitteln können, so wenig vermögen Staatsanwalt und Landgericht in dem Vorgehen des Unternehmerverbandes etwas strafbares zu finden. Etwas anderes war nicht zu erwarten, und ich habe, als ich den Strafantrag stellte, diesen Ausgang bestimmt vorausgesagt. Ja, ich kann die Entscheidung sachlich nur für richtig halten, wenn man schon eine etwas weniger oberflächliche Begründung hätte verlangen dürfen. Aber gerade, weil die Herren Glasenapp, Neumann und Genossen meines Erachtens mit Recht, außer Verfolgung gesetzt worden sind, muß ich mit doppelter Schärfe betonen, daß diese Entscheidung in offenem Widerspruch steht zu massenhaften Fällen, in denen bei juristisch ganz gleichem Tatbestand Arbeiter zu schweren Strafen verurteilt worden sind.

Der Fall ist so charakteristisch für die deutschen Justizverhältnisse und kann so wichtige Konsequenzen haben, daß es sich lohnt, näher auf ihn einzugehen, wobei man freilich etwas ausholen muß.

Die Reichsgewerbeordnung von 1869 hob, einer dringlichen Forderung der Arbeiter und der Industriellen entsprechend, die Koalitionsverbote auf und gestattete ausdrücklich alle Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter. (§ 152.) Da aber schon damals allerhand grauliche Geschichten über den Koalitionszwang, der im Ausland vor-

kommen sollte, verbreitet wurden, verordnete man in § 153 der Gewerbeordnung:

Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Von Anfang an herrschte kein Zweifel, daß dieses Gesetz den Koalitionszwang, in dem für eine Koalition in Betracht kommenden Kreise, treffen sollte, das heißt den Zwang, den Arbeiter gegen Arbeiter im Interesse der Arbeiterkoalition oder den Arbeitgeber gegen Arbeitgeber üben, nicht aber Zwangshandlungen von Arbeiterkoalitionen gegen Arbeitgeber oder umgekehrt. Das stand zwar nicht in den gedruckten Motiven der Gewerbeordnung von 1869, war aber bei früheren gesetzgeberischen Vorarbeiten deutlich zum Ausdruck gelangt, und es folgt auch aus dem Wesen des Koalitionsrechtes. Streik und Aussperrung sind Zwangsmittel, die von Arbeitern gegen Arbeitgeber oder umgekehrt angewendet, durch § 152 der Gewerbeordnung für erlaubt erklärt wurden. Unmöglich konnte die Ankündigung solcher erlaubten Pressionen im folgenden Paragraphen unter Strafe gestellt sein. So verfuhr auch die Praxis mehr als drei Jahrzehnte lang, der preußische Minister v. Berlepsch erklärte sich 1891 im Reichstag für diese Auffassung, das Kammergericht bestätigte sie, und selbst der Entwurf des Zucht- und Strafgesetzes von 1899 dachte nicht daran, die Androhung von Streiks oder Aussperrungen im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern unter Strafe zu stellen. Erst im Jahre 1903 erwarb das Reichsgericht sich das Verdienst, diese einzig vernunftgemäße Auffassung umzustößeln, mit einer Begründung, die ein Muster von Flachheit und sachlicher Unrichtigkeit darstellt: das Wort „andere“ könne jeden anderen bedeuten, und die Motive zur Gewerbeordnung von 1869 ergäben nichts über die Frage; die älteren Vorarbeiten zur Gewerbeordnung zu prüfen, sparte sich das Reichsgericht. (Entsch. Bd. 36 S. 236.)

Damit wurde das in § 152 der Gewerbeordnung gewährte Recht der Arbeiter, zu streiken, um bei den Arbeitgebern etwas durchzusetzen, unter Strafe gestellt, denn kaum ein Streik wird unternommen, daß er vorher angekündigt wird, also ohne Drohung. Im Sprachgebrauch der Juristen ist nämlich Drohung jede Ankündigung einer Handlung, die der andere als Uebel empfindet, wenn der Ankündigende sie selbst oder durch andere zu verwirklichen imstande ist.

(Schluß folgt.)

XIV. ausserordentl. Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.

Hannover, den 1. April 1907.

Nachdem sich im festlich reichgeschmückten Saale des Nordstädter Gesellschaftshauses die Delegierten und Gäste der verwandten Berufe pünktlich eingefunden hatten, begrüßte Kollege Bratke, Hannover mit herzlichen Worten die erschienenen Delegierten, daran erinnernd, daß Hannover vor 16 Jahren schon einmal der Sammelpunkt der Delegierten gewesen sei, als man daran ging, den Berufsge nossen eine Organisation zu schaffen, zu Schutz und Trutz. Damals galt es die Truppen zu sammeln zu einem Heer; hatte doch das Sozialistengesetz den Arbeiterverbänden tiefe Wunden geschlagen und auch unsere, damals schon bestehende Vereinigung, den Senefelder-Bund, gezwungen, eine reine Unterstützungskasse zu werden. Das damals gelegte Samenkorn sei herrlich aufgegangen. Die Kollegen-schaft stehe wie ein Mann zu ihrer Organisation und sei nun an dieser Stelle wieder versammelt, um dem Vorstoß der Reaktion zu begegnen. Es sei nötig, dem Senefelder-Bund eine Form zu geben, die sein ungehindertes Weiterwachsen zum Nutzen der Gesamtkollegen-schaft garantiere. Mit dem Wunsche, daß die Tagung in Hannover ein Markstein in der Geschichte des Senefelder-Bundes sein möge, heiße er die erschienenen Delegierten und Gäste herzlich willkommen.

Der Hauptvorsitzende Sillier begrüßt die Vertreter der verwandten Berufe und teilt mit, daß deren mehr wie sonst auf unserer General-Versammlung erschienen seien. Das Bestreben kleinerer Gruppen des graphischen Berufes, sich größeren Verbänden anzuschließen, habe sowohl die Formstecher wie auch die Porträtphotographen veranlaßt, je einen Vertreter zu senden. Die österreichische Organisation, vertreten durch Kollegen Mühlberger, wie auch der Hilfsarbeiter-Verband, der drei Vertreter gesandt, Frau Paula Thiede, Aust und Pucher, seien bekannte Gäste auf unseren Kongressen. Die Generalkommission habe den Genossen Döblin, Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes, das Gewerkschaftskartell Hannover den Gewerkschaftssekretär Schmidt, die Buchdrucker Hannovers die Genossen Fritsche und Ehrhardt und den Gewerkschaftssekretär Schrader und der Buchbinderverband habe seinen Vorsitzenden, den Genossen Kloth, gesandt. Alle diese heiße er freudlichst willkommen, indem er gleichzeitig die General-Versammlung für eröffnet erkläre.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Lange, Berlin und Bratke, Hannover; zu Führern der Rednerliste die Kollegen Müller, Frankfurt und Evert, Hannover, gewählt. Zur Aufnahme des stenographischen Protokolls wird der Kollege Richter, Lehr bestimmt.

Bratke, Hannover, Vorsitzender verliest die vorläufige Tagesordnung.

Es wird beantragt, die Punkte Internationaler Gewerkschaftskongreß in Stuttgart und Internationaler Lithographen-Kongreß zu Kopenhagen noch auf die Tagesordnung zu setzen. Wird angenommen.

Nach Verlesen eingelaufener Begrüßungsgramme erhält das Wort zum Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis März 1907 der Hauptvorsitzende

Sillier, Berlin. Gegenüber der drohenden Tabaksteuer hat der Vorstand eine energische Gegenagitation veranlaßt. Die Tabaksteuer hätte einen Produktionsrückgang zur Folge gehabt, welcher auf die Herstellung der Tabackpackungen rückwirkend gewesen wäre. Der Vorstand habe den Tabakarbeiter-Kongreß mit zwei Vertretern besichtigt. Auch gegen die angedrohte Postkartensteuer wurde entschieden protestiert. Eine weitere allgemeine Agitation regte der Hauptvorstand nach der Streik- und Aussperrbewegung an. Die Agitation war während der Lohnbewegung besonders lebhaft. Redner erinnert an die Lithographen-Konferenz und verwies auf den Bericht des „Volkswille“ über die Verhandlungen. Er begrüßte die offene Erklärung des Vorsitzenden des Lithographen-Bundes, die Lithographen hätten eingesehen, daß sie mit den Steindruckern gemeinsam kämpfen müßten, um ihre Interessen fördern zu können. Die Einigungsversuche würden hoffentlich Erfolg haben. Binnen vier Wochen wird eine neue erweiterte Konferenz abgehalten werden. Während der letzten zwei Jahre hatten die Mitglieder des Bundes 39 Streiks durchzumachen, darunter 2 Abwehrstreiks und die große Streik- und Aussperrbewegung. An Arbeitszeitverkürzungen wurden für 4083 Kollegen, in Summa pro Woche 12869 Stunden erzielt. Lohnzulagen wurden erreicht für 3520 Kollegen in Summa 5104 Mk. pro Woche. Feiertagsbezahlung erreichten 1606 Kollegen. Redner besprach dann das bekannte, auch vom Reichsgericht bestätigte Urteil gegen den Senefelder-Bund, wonach die in der Generalversammlung des Bundes vom 21. - 26. April 1905 beschlossene Statutenänderung, soweit sie die Ausdehnung der Zwecke des Bundes auf seine Gewerkschaftskasse beweckte, für ungültig erklärt wurde. Insbesondere wurde in dem Urteil die Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse für den Fall eines Streiks, einer Maßregelung und einer Aussperrung für unzulässig erklärt. Vorübergehend wurde auch die Gewerkschaftskasse gesperrt. Im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung mußte dieser Prozeß bis zur letzten Instanz durchgeföhrt werden. Redner betonte, daß aber auch diese Maßnahmen den Bund nicht zu erschüttern vermochten. Während der Aussperrung hätten die Kollegen wie ein Mann zusammen gestanden. Die Versuche der Arbeitgeber, vor dem Bunde graulich zu machen, seien erfolglos geblieben. Der Haß der Arbeitgeber gegen den Bund sei/begreiflich. Man wolle mit dem roten Tuche bange machen und sperre überhaupt aus, gleichviel, ob die Arbeiter einer christlichen oder nichtchristlichen Organisation angehörten, wenn sie mit Forderungen an die Unternehmer herantreten. Daher ist der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter notwendiger denn je. Die Zahl der Mitglieder sei von 9000 auf 16000 gestiegen.

Es sei dem Hauptvorstande besonders seitens der Berliner Filialverwaltungen der Vorwurf gemacht worden, Kuhhandel mit den Rechtsschutzvereinigern getrieben zu haben. Bei der Abwägung der jetzigen Verhältnisse, kann wohl die genteilige Meinung der Berliner Kollegen berücksichtigt werden, sie darf aber nicht allein maßgebend sein. Jedenfalls war es nicht angebracht, schon vor der Generalversammlung von der kommenden Kopfwäsche des Hauptvorstandes vor den Mitgliedern zu reden. Es sei weder ein Kuhhandel noch sonst etwas bindendes mit den Rechtsschutzvereinigern verabredet worden. Der Vorstand war und ist der Meinung, daß in der jetzigen Situation ein Ausgleich der Generalversammlung selbst zu entscheiden. Die vielfach aufgetauchten Vorwürfe, daß der Hauptvorstand zu spät mit seinen Entschlüssen herausgekommen sei und zu langsam gearbeitet habe, werden erklärlich, wenn man die geleistete Arbeit einmal in Betracht zieht. Von denselben Beamten mußte 75 Proz. Arbeit in dieser kurzen Zeit mehr geleistet werden. Die Kritik über die vielen Reisen sollte man sich ersparen, es sei nur gereizt worden, wenn der Hauptvorstand Auftrag gegeben und solche dringend nötig waren; Aufklärung darüber könne man in allen kleineren Zahlstellen erlangen. Der Vorstand habe seine Pflicht im vollsten Maße getan.

Den Kassenbericht erstattete der Hauptkassierer, Kollege Brall, Berlin. Aus der Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben in der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 31. Dezember 1906 sei hervorgehoben: Die Gewerkschaftskasse erhielt an Beiträgen 533329 Mk., sie zahlte 126196 Mk. Arbeitslosen-Unterstützung, 23353 Mk. Umzugskosten, 15828 Mk. Maßregelungsunterstützung, 47029 Mk. für Rechtsschutz. Die Einnahmen und Ausgaben dieser Kasse balancieren mit 546152 Mk. Die

Kranken-Unterstützungs- und Sterbe-Kasse verzeichnete 538860 Mk. Beiträge. Sie zahlte für Krankenunterstützung 296739 Mk. und 13950 Mk. Sterbegeld. Die Invaliden- und Witwen-Kasse erhielt 254949 Mk. Beiträge und zahlte für Invalidenunterstützung 100433,50 Mk. und für Witwenunterstützung 40350 Mk. Aus der Ubersicht über die zur Unterstützung der Aussperrten bis 12. Januar 1907 eingegangenen Gelder (Streik-Extrasteuer, Sammellisten usw.) entnehmen wir, daß aus Deutschland insgesamt 284068 Mk. eingingen, aus England 7354 Mk., aus Oesterreich 11279 Mk. und aus der Schweiz 3633 Mk. Insgesamt zahlte das Ausland 23962 Mk. Die Abrechnung über die Aussperrungen vom Juni-August 1906 schließt mit 1060276 Mk. ab. Von Kasse I (Gewerkschaftskasse) wurden 75000 Mk. Zuschuß geleistet, von den Gewerkschaften durch die Generalkommission gingen 144000 Mk. ein, durch Streiksteuerbeiträge der Kollegen 220427 Mk.

Beim Bau- und Sparverein Berlin seien zirka 100000 Mk. der Gewerkschaftskasse festgelegt. Es sei falsch, wenn von verschiedenen Seiten behauptet wurde, wir hätten kein Geld zur Führung weiterer Bewegungen, weil wir unsere Schulden so schnell getilgt haben. Wir haben die horrenden Schulden der Aussperrungsbewegung schon vollständig zurückgezahlt und dennoch 41000 Mk. flüssiges Kapital zu freier Verfügung in der Kasse. Bedauerlich sei das Vorkommnis in München, wo nach der Aussperrung ein erheblicher Kassendefekt entdeckt wurde. Die Revisoren müßten eben die Belege und Kassen noch genauer prüfen wie bisher. Die Angelegenheit ist in Händen des Staatsanwaltes.

Nach Erstattung des Kassenberichts berichtete die Mandatsprüfungskommission, daß 59 Delegierte anwesend, einig. Mandate allerdings nicht den Zahlstellenstempel tragen, was zu rügen ist, aber sie seien von Vorstandsmitgliedern der betreffenden Zahlstellen unterschrieben. Alle 59 Mandate seien aber gültig.

Beßner, Dresden erstattete den Bericht der Kontroll-Kommission. Hervorzuheben sei daraus, daß von der Mitgliedschaft Hannover ein umfangreicher Protest gegen die vom Hauptvorstand eingeleitete Zentral-Tarifkonferenz eingereicht worden ist. Es war darüber Vorwurf erhoben, daß der Hauptvorstand in unstatistischer, leichtfertiger Weise den deutschen Prinzipalen Zugeständnisse gemacht und die in Hannover im Gange befindliche Bewegung benachteiligt habe. Die Kontrollkommission mußte den Protest verwerfen, da der Hauptvorstand durch Generalversammlungsbeschluß zur Einleitung einer Zentraltarifbewegung verpflichtet war. Der dadurch bedingte Waffenstillstand, welcher die Hannoverische Bewegung zum Stillstand brachte, war eine unvermeidliche Folge der Situation, konnte demnach nicht als ein Verschulden des Hauptvorstandes betrachtet werden.

Die Kontrollkommission erachtet es für ihre Pflicht, der Generalversammlung vorzuschlagen, die in der Berliner Generalversammlung beschrittenen Rechte in bezug auf Mitbestimmung bei Angriffsstreiks wieder herzustellen. Hätte die Kontrollkommission die Rechte wie früher besessen, so hätte sie unbedingt ihren Einfluß auf Einschränkung der Bewegung schon vor der Aussperrung geltend gemacht. Die Bewegungen hatten eine Ausdehnung erreicht, die die Kontrollkommission nicht gutheißen konnte. Es sei dies der beste Beweis für zu erweiternde Rechte der Kontrollkommission.

Müller, Berlin erstattet Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission. Als uns die Kasse gesperrt wurde, mußten wir, ohne die Kollegenschaft im Reiche zu befragen, sofort die Gewerkschaftskommission gründen, weil sonst eine heillose Verwirrung entstanden wäre. Im wesentlichen hat der Hauptvorstand die Geschäfte weiter führen müssen, weil sonst Differenzen entstehen konnten. Da wir eine längere Dauer des Kampfes voraussehen mußten und für Unterstützungen auf Monate hinaus Sorge zu tragen war, mußten wir uns an die Generalkommission der Gewerkschaften wenden, die uns veranlaßte, mit den Hilfsarbeitern zusammen eine Kommission zu bilden, der unsererseits die Kollegen Sillier, Lange, Müller, seitens des Hilfsarbeiterverbandes Frau Paula Thiede, Aust, Pucher und seitens der Generalkommission der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Döblin, angehörten.

Es wird in die Generaldebatte eingetreten, die zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte zeitigt, derzufolge der Punkt -Klageangelegenheit nebst Reichsgerichtsurteil- besonders behandelt werden soll.

Rudolf, Hamburg vermißt in dem Bericht des Hauptvorstandes notwendige Anregungen bezüglich eventl. Anschluß der Tapetendrucker, Formstecher und Photographen; ebenso fehlt die Stellungnahme des Hauptvorstandes zu den zu bildenden Zentral-Kommissionen der verschiedenen Sparten.

Anspann, München teilt mit, daß ihm wohl die unangenehmste Aufgabe auf dieser Generalversammlung zufalle, da er über den Münchener Kassendefekt berichten solle und es ihm, der besonderen Umstände halber, nicht möglich sei, erschöpfende Auskunft zu geben. Der Münchener Kassierer habe lange Jahre das unbedingtste Vertrauen besessen. Der erste Anlaß zu dem Defekt rühre wohl aus der Zeit der Verschmelzung her, wo sich der damalige Kassierer des alten Senefelder-Bundes weigerte, die Gelder an den nunmehrigen

Kassierer abzuliefern. Nicht die Münchener Verwaltung, sondern ein Denunziator habe die Angelegenheit vor die Staatsanwaltschaft gebracht. Die Münchener Kollegen hatten mit dem betreffenden Kassierer ein Abkommen getroffen, und hat der Betreffende sowohl wie auch sein Vater schon eine Summe von 600 Mk. zurückgezahlt. Nachdem die Sache nun in ein neues, aber nicht besseres Fahrwasser gekommen sei, sei an ein Zurückhalten nicht mehr zu denken. Der geistliche Revisor kann sich nicht durchfinden, weil Bücher fehlen. Ein Teil der Schuld treffe auch den Hauptkassierer. Kollege Sillier hätte auch den Hinweis unterlassen, daß die Kasse einmal außerordentlich revidiert werde; er soll nach einer Aussprache geäußert haben, es stimme alles in der Kasse der Lithographenfiliale.

Barthel, Berlin spricht seinen Tadel über den zu spät erschienenen Bericht des Hauptvorstandes aus. Die Generalversammlung war doch schon viel früher angesetzt, weshalb der Bericht schon 14 Tage früher in den Händen der Delegierten sein mußte. Ebenso stehe es mit dem Bericht über die Verhandlungen mit dem Lithographen-Bund. Die bürgerlichen Zeitungen und der Lithograph haben ausführliche Berichte gebracht und in der Gr. Pr. finde man erst heute einen kurzen Bericht. Man solle bei den Einigungsverhandlungen nicht übermäßig entgegenkommend sein, vor allem den Leuten keine Extrawürste braten. Die Entwicklung des Lithographen-Bundes weise darauf hin, daß er zu uns kommen muß. Vor allem wolle Redner richtig stellen, daß die Berliner nicht um ihretwillen die Reisen Silliers verurteilen, sie brauchten den Hauptvorstand nicht, er solle aber jederzeit im Zentralvorstand am Platze sein, um wichtige Entscheidungen treffen zu können.

Staufer, Bremen: Er sei entschieden dafür, daß der Kontrollkommission wieder die früher erhaltenen Rechte eingeräumt werden; wie sie jetzt bestehe, sei sie beinahe überflüssig. Bezüglich der Einigungsversuche muß gefordert werden, daß der Senefelder-Bund dem Lithographen-Bund nicht als Bittender nahe. Der Sonderbund der Lithographen sei eine Fehlgründung gewesen. Die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse zwinge den Lithographen-Bund, sich dem starken Senefelder-Bund anzuschließen. In der gemeinsamen Organisation dürften die Lithographen aber keine Vorrechte beanspruchen, z. B. Krankenunterstützungen.

Haß, Berlin bedeutet, daß der Hauptvorstand in seinem Rechenschaftsbericht mit keiner Silbe auf eine Entschließung der Chemigraphenkonferenz eingegangen sei, nach der Lehrlinge, die in nichttarifreuen Firmen lernen, später als Gehilfen nicht Mitglieder der Organisation werden können. Dieser Standpunkt entspreche nicht unsern Interessen innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung. Ein Gegenseitigkeitsvertrag sei mit dem Auslande abgeschlossen mit Wirkung ab 1. Januar 1907 aber erst Ende März 1907 erhielten die Mitglieder Kenntnis durch eine Bekanntmachung des Hauptvorstandes. Alles, alles komme zu spät heraus. Gerade um deswillen kritisiere man das viele Reisen Silliers, weil alles liegen bleibe, wenn er nicht da ist. Man könne zugeben, daß im Hauptvorstand zu viel Arbeit von zu wenigen Personen geleistet werden muß, dann soll man eben noch jemanden anstellen, aber nicht immer mit der Entschuldigung kommen, es ginge nicht schneller fertig zu stellen. Seine Freude könne er ausdrücken, daß bzgl. Organisation der Tapetendr. endlich ein Schritt vorwärts getan sei, andererseits hätte es Sillier nach dem Abschluß mit dem Schutzverbände an der nötigen Schärfe fehlen lassen. Es sei geradezu ein Hohn auf unsere Organisation, daß in Deutschland noch Arbeits- und Lohnverhältnisse existieren können wie in Wahnfried bei Cassel. Große Firmen leiden unter dieser Schmutzkonzurrenz; gegen so rückständige Verhältnisse müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Unsere Auskunfts-karten wollen die Schutzverbandsfirmen unwirksam machen; dagegen müsse energisch Front gemacht werden. Die Rechteerweiterung der Kontrollkommission würde die gleichen Differenzen hervorrufen wie früher und deshalb sei er dagegen. Die Unstimmigkeiten der Berliner gegen den Hauptvorstand sind nicht persönlicher Natur.

Neumann, Offenbach tadelt, daß während der Aussperrung zum Zwecke der Agitation zu viel geredet sei, während an den betreffenden Kampfplätzen tüchtige Führer vorhanden gewesen seien. Man habe dafür viel Geld geopfert.

Mutschke, Stuttgart verurteilt ebenfalls die Resolution der Münchener Chemigraphen-Konferenz, die verlangt, daß Lehrlinge, die in nichttarifreuen Anstalten gelernt haben, später als Gehilfen auch nicht Mitglieder der Organisation werden können. Das verstoße gegen die Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung und sei undemokratisch. Mutschke erklärte, die Jünglinge, die noch nicht genügend Einsicht gehabt hätten, was doch erklärlich sei, dürften später doch nicht mit Ausschluß aus der modernen Arbeiterbewegung bestraft werden.

Diese Resolution richte sich aber in Wirklichkeit weniger gegen die Lehrlinge wie gegen die nichttarifreuen Prinzipale.

Der Vorstand solle es nicht gar so eilig haben mit der Aufnahme kleiner Verbände; durch Aufnahme der Photographen würde unser Prozentverhältnis der Organisation gewaltig sinken.

Jehnicke, Neu-Isenburg. Der Hauptkassierer solle darauf dringen, daß die Abrechnungen der

Zahlstellen pünktlicher erfolgen, dann könnten größere Unterschleife nicht vorkommen.

Sillier, Berlin. Bezüglich Aufnahme kleinerer Organisationen, die zum graphischen Beruf gehören, werden unsrerseits nicht forciert; kommen sie zu uns, so sprechen wir darüber. Wir haben neben unsern besonderen Pflichten auch Pflichten gegenüber der allgemeinen Arbeiterbewegung. In den kleineren Organisationen fehlt es an Agitatoren und wird die Agitation zu teuer; sind solche Organisationen reif für den Anschluß, dann müssen wir sie aufnehmen. Der Vorwurf, daß es im Hauptvorstande an der einheitlichen Zusammenarbeit fehle, und deshalb nicht genug geleistet werde, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Der Hauptvorstand habe solange in Einstimmigkeit mit den Berliner Verwaltungsvorständen gelebt, als er die gleiche Stellung bzgl. Neugestaltung des Senefelder-Bundes eingenommen habe; nachdem aber sind Angriffe über Angriffe erfolgt, denen er in allen Versammlungen ausgesetzt war. Der gegnerische Standpunkt habe aber die Objektivität vermissen lassen und sei leider schroff in's persönliche ausgeartet. In Wahnfried sei so gut es überhaupt möglich war, gearbeitet worden, aber es sei bisher, obwohl die Firma die schmutzigste Konkurrenz treibe, nicht möglich gewesen, nennenswerten Einfluß zu gewinnen.

Bratke, Hannover bedauerte die vom Hauptvorstande gegen die Hannoverschen Kollegen während der Aussperrung eingenommene Haltung. Hannover habe das Recht gehabt, in einem Flugblatt an die Mitglieder einen Antrag gegen den Waffenstillstand in Hannover zu begründen, denn die „Graphische Presse“ sei den Kollegen gesperrt worden. Die scharfen Ausdrücke seien aus der Erregung während des Lohnkampfes zu erklären. Der Vorsitzende des Hauptvorstandes glaube für sich das Recht einer Zensur der „Graphischen Presse“ beanspruchen zu können. Wenn die „Presse“ im gegebenen Falle abermals gesperrt werde, ließe sich Hannover nicht das Recht nehmen, abermals zum „Flugblatt“ zu greifen.

Rudolf, Hamburg nimmt mit Freuden die Nachricht des Hauptvorstandes entgegen, daß den Tapetendruckern mehr Agitation gewidmet werden soll und dazu eine Zentralkommission eingesetzt sei, wie sie ebenfalls für Chemigraphen besteht und nun für Lithographen geschaffen werden soll. Die Benutzung der Auskunfts-karte müsse schärfer gehandhabt werden, aber gegen Kollegen, die den Unternehmer nach Annahme einer Stellung die Karte präsentieren, müsse noch viel schärfer vorgegangen werden. Nach einem Grund für den Anschluß der Photographen brauche man wahrlich nicht zu suchen, denn bei der Ausdehnung der photomechanischen Verfahren werden wir nur zu bald zum Zusammenarbeiten gedrängt. Im Gegenseitigkeitsverträge müsse festgelegt werden, daß auch für den Seeweg die Reiseunterstützung zu zahlen sei.

Wassermann, München. Auch er erhebe Klagen gegen den Hauptvorstand, da die Presse vor den Tarifverhandlungen in Leipzig einen Maulkorb umgehängt habe. Sachliche Berichte seien in der Presse nicht angenommen worden. Die Auskunfts-karte habe sich für den Arbeitsnachweis als unschätzbare Mittel erwiesen, doch fragen die meisten Kollegen noch immer zu spät an. Es tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Lithographen-Konferenz.

Fortsetzung aus dem Beiblatt.

Röbert, Dresden wendet sich ebenfalls strikte gegen die Akkordarbeit, da sie den Egoismus unter den Kollegen fördere. Was die Kollegen hier und da in Einzelfällen im Akkord mehr verdienen; müßten die Krankenkassen, denen sie all-zufrüh zur Last fallen, wieder doppelt tragen; müßte also von der Gesamtgewerkschaft wieder gezahlt werden.

Forchmann, Breslau. Ein Beweis, daß es auch ohne Akkordarbeit gehe, biete Breslau, dort sei die Heimarbeit ganz abgeschafft und nur eine einzige Privatlithographie sei noch am Platze. In Bautzen sei leider noch 50 Proz. Heimarbeit vorhanden, woran 20 Proz. immerwährend gemacht würde. Fort mit der Akkordarbeit, sei das einzige Mittel uns zu schützen gegen Lohndrückerei.

Eine eingegangene Resolution Albert, Nürnberg, findet nicht die genügende Unterstützung.

Scheele, Bielefeld wünscht den Blick auf die Anerbieten einzelner Kollegen zu lenken, die sich nicht scheuen, für Arbeiterfeste, Konsumvereine und Partei Entwürfe zu Schundpreisen herzustellen. Meistens sind auch die Erzeugnisse danach.

Niemeyer, Heilbronn wünscht konsequentes Vorgehen und strikte Abschaffung der Akkordarbeit. Leider sei es schon soweit gekommen, daß durch unser Schwanken in der Akkordarbeitfrage, die Lohnarbeit nur noch eine verschleierte Akkordarbeit sei.

Mößinger, Magdeburg. Nicht nur in Berlin und Leipzig sei Akkordarbeit dominierend, sondern auch in kleineren Städten. Die geistige Versumpfung unserer Kollegen in bezug auf Heimarbeit müsse überall und an jeder Stelle gebrandmarkt werden, da die Familie durch die Heimarbeit zerrüttet wird. Man überweise alle die angeschnittenen Fragen der Lithographen-Zentralkommission, die von Zeit zu Zeit Rechnung abzulegen hat.

Rudolf, Hamburg verwarf sich gegen den Vorwurf Bratke's, daß er der Akkordarbeit das Wort rede, betont nochmals seinen Standpunkt zur Akkordarbeit und wünscht eine Kundgebung bezgl. Prozentbezahlung für Heimarbeit.

Graf, Dresden macht auf ein Unwesen aufmerksam, das in Dresden größeren Umfang annehme. Ein Kommissar hat Lithographien zu vergeben und legt in der Regel 2 Arbeiten zur Kalkulation vor, von denen die eine zwar nicht gut bezahlt, aber sehr schnell hergestellt werden muß, mit Rücksicht aber darauf, daß dem Anbietenden auch die zweite, größere und besserbezahlte Arbeit ebenfalls in Aussicht gestellt wird und der Lithograph glaubt bei der zweiten Arbeit das wieder herauszuholen, was er bei der ersten zugesetzt; stellt er die erste Arbeit zum Schundpreis fertig. Aber wenn er nun glaubt, die besserbezahlte zu bekommen, wird er jedesmal getäuscht. Die bessere Arbeit bekommt weder er noch die verschiedenen anderen, die auf den Leim reingefallen sind. Ein weiterer Mißstand liege in den billigen Anerbieten der Akademiker und Kunstgewerbeschüler. Diese sind froh, wenn sie zu ihrer Vervollkommnung hier und da einen Auftrag bekommen und machen den im Beruf Tätigen eine geradezu vernichtende Konkurrenz.

Bauknecht, Stuttgart weist darauf hin, daß manche Kollegen um ihrer Organisationsfähigkeit willen, geradezu zur Privatlithographie gedrängt werden, weil sie sonst überhaupt existenzlos würden. Die Frage der Regelung der Akkordarbeit in Hamburg (Bezahlung der Ueberarbeit) soll auf Antrag Rudolf von einer besonderen Kommission von Lithographen beraten werden.

Nach kurzen aufklärenden Schlußworten der Referenten Domnik, Barthel und Czech, werden die von ihnen eingebrachten Resolutionen einstimmig angenommen.

Bratke, Hannover, plädierte dafür, daß der Arbeitsnachweis vor allem in die Hände der Arbeitnehmer gelange. Die Arbeiter als Verkäufer ihrer Arbeitskraft müßten einen bestimmenden Einfluß auf die Art und Weise des Verkaufes der Arbeitskraft haben. Es sei verkehrt, wenn ein Teil der Arbeiterpresse meine, der Arbeitsnachweis dürfe kein Kampfmittel sein, sondern nur eine bequeme und billige Arbeitsvermittlung. Ein von der Arbeiterschaft gut geleiteter Arbeitsnachweis verhinere das Ueberangebot von Arbeitskräften. Dann würden auch die Kassen der Verbände vor den sehr hohen Unterstützungen Arbeitsloser bewahrt. Wenn die Arbeitsnachweise statistische Mitteilungen an eine Zentralstelle gelangen ließen, dann könne man ziemlich genau die Situation auf dem Arbeitsmarkt, was wichtig sei, weil man bei Lohnbewegungen z. B. die Aussichten der Bewegung beurteilen könne. Bei Nachweis einer Stelle, die einigermaßen auskömmlich sei, dürften die Kollegen nicht ohne triftigen Grund die Stelle ausschlagen. Dann würden die Hülfkassen von Arbeitslosen nicht so sehr in Anspruch genommen. Der Schutzverband der Prinzipale sage zwar, er werde in gegebenen Fällen auch die örtlichen Nachweisstellen des Senefelder-Bundes benutzen. In Hannover geschehe das aber nicht, obwohl genügend stellenlose Kollegen vorhanden gewesen seien.

Das Referat wurde zur Kenntnis genommen, in eine Diskussion also nicht eingetreten. Der Referent wurde beauftragt, die in einer von ihm vorgetragenen Resolution gemachten Vorschläge zur Reform des Arbeitsnachweises sowie Leitsätze der Generalversammlung des Senefelder-Bundes zur Beschlußfassung vorzulegen.

Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Inhalt des Protokolls in einer Broschüre zusammenzufassen und diese Broschüre auch allen nicht organisierten Lithographen zuzusenden.

Bauknecht, Stuttgart wünscht btr. Musterfrage eine Stellungnahme der Konferenz. Eine eigentliche Musterfrage gebe es nicht mehr, da ganze Arbeiten von einem einzelnen fast gar nicht mehr fertig gestellt würden. Dennoch solle man schwarze Abdrücke von selbst gemachten Arbeiten mit Stempel versehen, verlangen; dann könnte man das Hausieren mit fremden Mustern unterbinden. Konsequenz lasse sich die Frage leider nicht durchführen.

Mössinger, Magdeburg wünscht wenigstens Herausgabe solcher Muster, die für den Verkehr freigegeben sind.

Anspann, München teilt ihm gemachte Mitteilungen mit, nach denen Kollegen von München zurückgehalten würden, weil, wie ihnen vorher eingeschärft wird, in München alle Verbandsvorschriften bezügl. Arbeitsnachweis und Lohnunterbietung sehr streng gehandhabt würden.

Scheele, Bielefeld wünscht, daß im Adressenverzeichnis der Minimallohn der Tariforte angegeben werde.

Barthel, Berlin widerspricht dem, da es sich bei Besetzung von Stellen selten um den Minimallohn handelt. Alle Anfragen solle man zugleich mit der Engagementsanfrage absenden.

Domnik, Berlin wünscht, daß die zu wählende Zentralkommission, um erfolgreich arbeiten zu können, auch die genügende Unterstützung aller Kollegen finden möge. Die früher einmal gewählte Kommission hätte aus dem Grunde nichts erreichen können, weil ihre Anfragen durchweg nicht beantwortet wurden.

Lange, Berlin, als Vorsitzender, schließt abends 6 Uhr, mit einem feurigen Appell und dem Hinweis,

daß die Konferenz selbst den genügenden Nachweis der Notwendigkeit ihrer Abhaltung erbracht habe, mit einem Hoch die zweite Lithographen-Konferenz.

Adressen-Aenderung.

Rheydt: Vertrauensm. Peter Müllers, Rheydt-Mülfort, Weststraße 88.

Anzeigen.

Dresden.

Komb. Versammlung aller Filialen des Deutschen Senefelder-Bundes.

Sonnabend, den 13. April 1907, abends 9 Uhr [1,65] im Volkshaus, Ritzenbergstr. 2.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. Diskussion. 2. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Die Verwaltung.

Dresden, Lithographen. Filiale II d. Deutschen Senefelder-Bundes. VERSAMMLUNG.

Sonnabend, den 20. April 1907, abends 9 Uhr im Restaurant „Senefelder“, Kaulbachstr. 16.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Lithographen Konferenz. Diskussion. 2. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Die Verwaltung

Mitgliedschaft Dresden,

Filialen I, II, III, IV.

Unsere Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß am 20. April eine allgemeine [2,55]

Bücher-

u. Extrasteuerkarten-Kontrolle stattfindet. Unter Hinweis darauf, ersuchen wir etwaige Restanten, bis zu genanntem Tage ihren Verpflichtungen vollständig nachzukommen und dafür Sorge zu tragen, daß alle Bücher und Karten rechtzeitig an die zuständige Verwaltung abgegeben werden.

Die Verwaltungen der Filialen I-IV

Bezirkstag Leipzig in Jena.

Wir berufen den

Bezirkstag des XI. Bezirks, Leipzig

auf Sonntag, den 21. April 1907, vormittags 10 Uhr nach JENA Gasthaus zum Löwen, Johannesplatz, mit folgender Tagesordnung ein: 1. Bericht der Bezirkskommission. 2. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach der letzten Statistik. 3. Bericht von der Generalversammlung in Hannover. 4. Wie ist der Bezirksarbeitsnachweis einzurichten. 5. Eventuelle Anträge und Verschiedenes.

Die Delegierten (Erkennungszeichen „Graph. Presse“) werden von den Bahnhöfen abgeholt und wollen vorher die Zeit ihrer Ankunft dem Kollegen O. Altwein, Jena, Saalbahnhofstr. 16 bekanntgeben.

Tüchtige

Farben - Retuscheure

sucht zum baldigen Antritt Georg Büxenstein & Co., Berlin SW. 48, Friedrichstrasse 240-1. [2,40]

Negativ - Retuscheur für Lichtdruck

per sofort gesucht. [2,40] Sinsel & Co., G. m. b. H., Oetzsch b. Leipzig.

Tüchtiger Maschinen-Positiv-Retuscheur,

der mit Aerograph Bescheid weiß, gesucht von Richard Labisch & Co., Berlin SW., Lindenstr. 69. [1,80]

Tüchtg. Autoätzer,

welcher im Nachschneiden bewandert ist, findet sofort dauernde Stellung bei [2,40] Illig & Müller, Göppingen.

Wir suchen einen tüchtigen

Strichätzer,

sowie einen erfahrenen

Nachschneider

für Autotypen.

Off. mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschr. und Gehaltsanspr. an Brend'amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Wilhelm Spiess, „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstrasse.

[2,40] empfiehlt seine Lokale zu Versammlungen, sowie Fremdenzimmer von 1 Mark an und Betten à 50 Pf.

FAKTOR.

Zur Leitung einer mittleren Steindruckerei in Nürnberg wird ein auf allen Gebieten des feinsten Chromdruckes erfahrener, tüchtiger und verlässiger Mann per 1. Juli oder früher gesucht. Dauernde Stellung bei guter Bezahlung zugesichert.

Gefl. Offerten mit Angabe von Alter, Lohn und seitheriger Tätigkeit unter 1858. A an die Exp. d. Bl.

Tüchtige Autoätzer

speziell für Maschinen suchen [1,20] Dr. Trenkler & Co., Leipzig-Stötteritz.

Wir suchen zum sofort. **Farben-Aetzer** Eintritt mehrere tüchtige und erbitten uns Muster und Zeugnis-Abschriften unter Angabe der Gehalts-Ansprüche. [1,50] E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen

Andrucker

für Drei- u. Vier-Farbendruck unserer Chemigraphischen Abteilung. Zeugnis-Abschriften mit Gehalts-Ansprüchen erbeten an [2,10] E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.

Tüchtiger

Lichtdruck - Maschinenmeister

per sofort gesucht [1,80] Sinsel & Co., G. m. b. H., Oetzsch b. Leipzig.

[0,90]

Graveur

für Auto und Strich, für flotte Arbeit, Maschinen, Kataloge etc., langjährige Erfahrungen in renom. Anstalten, sucht Stellung. Offerten unter Chiffre A. N. a. d. Exp. d. Bl.

Neu! Soeben erschienen. Neu!

Die Verwendung

des Zinkes als Ersatz für Stein.

Nach dem Verfahren von Dr. Otto C. Strecker, von Max Seul, Karlsruhe i. B., Kriegstr. 140.

Praktische Anleitung zur Ausübung des Zinkdruckes, wichtig für jeden Drucker u. Lithographen.

Preis 1 Mk.

Zu beziehen vom Verfasser sowie durch die Herren Vertreter in den Zahlstellen.

Ich bitte um Angabe der Adresse des Umdruckers

Herrn Rudolf Treuheit.

[1,50] Oswald Enterlein, Niedersiedlitz.

Am 26. März verstarb nach fast einjähriger Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Lithograph

Karl Klitsch.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren Die Mitgliedschaft Glogau des Deutschen Senefelder Bundes.

Am Mittwoch, den 27. März, verschied nach kurzem Krankenlager der Kollege

Franz Boller, Lithograph.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Hamburg.

Alle Beschwerden über die Redaktion, Inhalt der Blätter oder irgend welche im unmittelbaren Zusammenhang mit der „Graph. Presse“ stehenden Angelegenheiten sind stets unter näherer Begründung an die Presse-Kommission: Heinrich Werner Frankfurt a. M., Wiesenstr. 74, zu richten